



Pressemitteilung

10.11.2010

Hannover: Tierschützer fordern Grotelüschens Rücktritt

Mehr als sechzig Tierschützer versammelten sich jetzt in Hannover vor dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Mit einem Meer von Transparenten und Protestschildern verlangten sie lautstark den Rücktritt der Ministerin, der sie Befangenheit und insbesondere eine Politik im Interesse weniger Geflügelbarone vorwerfen. Grotelüschens, deren Familie Inhaber der zweitgrößten Putenbrüterei Deutschlands ist, gehöre zum Kreis der wenigen einflussreichen Geflügelbarone. Sie sei allein schon deshalb nicht als Ministerin tragbar. Unter großem Beifall wurde das Ministerium symbolisch umbenannt in „Ministerium für tierquälerische Massentierhaltung und zur Förderung der Agro-Industriellen“.

Es sei kein Wunder, dass die Ministerin lieber von Bauernveranstaltung zu Bauernveranstaltung reise und sich keine Zeit für die dringenden Tierschutzprobleme in den Massentierhaltungen nehme. In der „Ahlhorner Mastputenbrüterei“ (MAPU) der Ministerin werden jährlich fünf Millionen Küken gleich nach dem Schlüpfen „geschnäbelt“, wie es im Branchen-Jargon heißt. Dabei wird den Tieren das wichtigste Tastorgan im Oberschnabel zerstört, um die Puten extrem eng einferchen zu können. Im Interesse der Profitmaximierung werden dabei nicht nur der Schmerz während der Prozedur selbst, sondern auch andauernde Phantomschmerzen und akute Schmerzen beim Picken billigend in Kauf genommen. Die Ministerin wisse zudem sehr wohl, dass Mastputen und Masthühner unter Skelettdeformationen sowie Fußballen- und Brustblasenentzündungen leiden. „Das ganze System basiert von der Zucht bis zur Schlachtung auf Tierleid und ist deshalb unethisch“, erklärte Eckard Wendt von der Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V. (AGfaN), die zur Mahnwache aufgerufen hatte. Da Frau Grotelüschens diesen „Irrweg der tierquälerischen Massentierhaltung“ sogar noch ausbauen will, anstatt tierfreundliche Haltungsverfahren zu fördern, disqualifiziere sie sich selbst für das Ministeramt.

An der Mahnwache beteiligten sich Mitglieder zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich gegen die „Emslandisierung“ Ostniedersachsens durch den Bau von Massentierställen und den Mega-Schlachthof in Wietze engagieren. Die Redner wiesen in ihren Erklärungen auch darauf hin, dass zum Anbau der Futtermittel die für das Weltklima wichtigen Regenwälder in Südamerika gerodet werden. Da der europäische Fleischmarkt nicht mehr aufnahmefähig ist, muss der Export der Überschüsse schon jetzt mit hohen Subventionen gestützt werden. Außerdem seien die Nutztiere zu direkten Nahrungskonkurrenten des Menschen gemacht worden. Durch die Verfütterung unvorstellbarer Mengen lebensmitteltauglicher Futtermittel sei die Massentierhaltung mitschuldig am Hunger in der Welt.



obere Reihe links: Das Banner mit neuem Namen für das Ministerium (im Hintergrund)

Mitte: Vertreter vieler Bürgerinitiativen gaben Erklärungen mit ihren Forderungen ab. oben rechts und hier links: Die Tierschützer bauten gegenüber dem Ministerium einen Wald von Protestschildern und Plakaten auf.

Text: E. Wendt, Fotos I. Wendt